

TranState Working Papers

DIE FINANZKRISE UND IHRE
HERAUSFORDERUNG FÜR EUROPA

HAROLD JAMES

No. 105

Universität Bremen • University of Bremen
Jacobs Universität Bremen • Jacobs University Bremen
Universität Oldenburg • University of Oldenburg

Staatlichkeit im Wandel • Transformations of the State
Sonderforschungsbereich 597 • Collaborative Research Center 597

Harold James

Die Finanzkrise und ihre Herausforderung für Europa

TranState Working Papers

No. 105

Sfb597 „Staatlichkeit im Wandel“ – „Transformations of the State“

Bremen, 2009

[ISSN 1861-1176]

Harold James

Die Finanzkrise und ihre Herausforderung für Europa

(TranState Working Papers, 105)

Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, 2009

ISSN 1861-1176

Universität Bremen

Sonderforschungsbereich 597 / Collaborative Research Center 597

Staatlichkeit im Wandel / Transformations of the State

Postfach 33 04 40

D - 28334 Bremen

Tel.: + 49 421 218-8720

Fax: + 49 421 218-8721

Homepage: <http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de>

INHALT

EINLEITUNG.....	1
DIE REAKTION AUF DIE KRISE	2
ZWEI ÜBERRASCHENDE SCHLUSSFOLGERUNGEN: ZURÜCK ZU KEYNES – ABER WIE IN OFFENEN VOLKSWIRTSCHAFTEN?	4
EIN PANORAMA DER GROßGEFAHRENPOENTIALE.....	7
Die erste Gefahr: (Zu) Kleine Formate bei (zu) großen Problemen.....	7
Die zweite Gefahr: Gelingt das „Containment“ der Überschuldung?.....	9
Die dritte Gefahr: Die Unausweichlichkeit von Verteilungswirkungen	11
Die vierte Gefahr: Der Kurzschluss utopischer Verhaltenstherapien	12
HINWEISE AUF VERTIEFUNGSLEKTÜRE	13
BIOGRAPHISCHE ANMERKUNG.....	14

Die Finanzkrise und ihre Herausforderung für Europa¹

EINLEITUNG

Die Finanzkrise scheint sich gegenwärtig in einer Abmilderungsphase zu befinden und doch nimmt sie kein erkennbares Ende. Der Dow Jones Index hat schon wieder die 10.000 Marke überschritten, aber er schwankt seitdem um diesen Wert herum. Auch in Deutschland keimt ein neuer Optimismus auf, jedoch bestehen weiterhin Zweifel und Sorgen. Die Stabilität der Banken ist auf längere Sicht gefährdet. Gleiches gilt für ihr Kreditangebot. Allerdings können wir schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, dass keine Neuauflage der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zu befürchten ist. Trotzdem stehen wir alle vor sehr großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen.

Ich möchte in meinem Vortrag auf allgemeine Entwicklungen eingehen, aber auch auf einige deutsche Besonderheiten hinweisen.

Beginnen wir mit Deutschland. Falls jemand einen Beleg dafür braucht, dass wir uns nicht in der geistigen sowie in der politischen Welt der Großen Depression der Zwischenkriegszeit befinden, dann hat das deutsche Wahlergebnis im September 2009 – und das was auf die Wahl folgte, eine stabile Mitte-Rechts-Regierung – den Beleg dafür geliefert. Im Zwischenkriegsdeutschland zerstörte die Depression die Demokratie und ermöglichte schließlich den Aufstieg Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten. In der Bundesrepublik führte die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg zu einer stabilen Mitte-Rechts-Regierung und damit zu einer Wiederwahl Angela Merkels.

Der herkömmlichen Weisheit zufolge werden die Parteien und Politiker, die die Regierung stellen, in Zeiten wirtschaftlicher Not von den Wählern abgestraft. An der Position oder Popularität von Kanzlerin Angela Merkel gab es aber während des gesamten Wahlkampfes keinen Zweifel.

Die Depression der Zwischenkriegszeit führte dagegen zur Zersetzung liberaler wirtschaftlicher und politischer Werte. In Deutschland gab es im Jahr 2009 nicht nur keinen Umschwung hin zum politischen Rechtsextremismus, es gab nicht einmal Anzeichen einer wie auch immer gearteten Unterstützung für die radikale Rechte. Die bestehenden,

¹ Öffentlicher Vortrag gehalten am 28. Oktober 2009 im Haus Schütting der Handelskammer Bremen (s. www.handelskammer-bremen.de). Der Vortrag wurde vom Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen initiiert und von der Berenberg Bank in Bremen besonders unterstützt (s. <http://www.berenberg.de/bremen.html>). Der Vortragstext wurde von Stephan Leibfried, Edith Obinger-Gindulis und Monika Sniegs redaktionell überarbeitet. Zu einem früheren Vortrag zu diesem Thema vgl. Harold James, Harold James, Die Krise der Finanzmärkte und die Rückkehr des Staates (Arbeitspapier 85/2009) unter <http://www.sfb597.uni-bremen.de/pages/pubAp.php?SPRACHE=de>

kleinen rechtsradikalen Parteien – die nie ein Merkmal der Bundespolitik in Deutschland waren – gingen bei den letzten Wahlen zu den Länderparlamenten schlicht unter.

Der wahre Sieger der Bundestagswahl 2009 – mit einem Stimmenanteil, der auf 14,5 Prozent hochschnellte, und einer Position im Parlament, über die dieser Sieger das Geschick der neuen Koalitionsregierung entscheidend mit bestimmen wird – sind die Erben des klassischen deutschen Liberalismus, die FDP. Die Freien Demokraten machten Wahlkampf mit dem Versprechen, Steuern zu senken und zu deregulieren, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Denn dieses Wachstum braucht Deutschland, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen.

Das Wahlergebnis war eine politische Überraschung und es hat großes Staunen hervorgerufen. Peer Steinbrück, der Finanzminister der abgewählten Großen Koalition, formulierte das im SPD-Vorstand wie folgt:

„Für mich steht die Tatsache rätselhaft im Raum, dass mitten in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrheit der Bevölkerung nicht etwa kapitalismuskritisch – um nicht "antikapitalistisch", mit der Gefahr von Missverständnissen zu sagen – gewählt hat, sondern eine konservativ-liberale Bundesregierung, die in Teilen stramm markttheologisch orientiert ist.“

Warum geht Deutschland im 21. Jahrhundert einen neuen bzw. einen anderen Weg? Sehen wir – mit umgekehrtem Vorzeichen – eine Neuauflage des berühmten antiliberalen deutschen Sonderweges des 19. und 20. Jahrhunderts?

DIE REAKTION AUF DIE KRISE

Obwohl die gegenwärtige schwere Finanz- und Wirtschaftskrise eindeutig ihre ursprüngliche Wurzel in den USA und in den Problemen des dortigen Subprime-Hypothekenmarkts hat, sind ihre Folgen – und das vielleicht ungerechtfertigterweise – gravierender in Europa zu spüren, und das nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Schon die aktuellen Wirtschaftsdaten sind bedrückend: Laut IWF im Oktober 2009 wird die Wirtschaft der Eurozone 2009 um 4,2 Prozent schrumpfen, die US-Wirtschaft aber nur um 2,7 Prozent. Auch für das Jahr 2010 sagt der IWF eine nur sehr schwache europäische Konjunkturerholung von lediglich 0,3 Prozent vorher, wogegen der US-amerikanische Markt um 1,5 Prozent wachsen soll. Eine derartige wirtschaftliche Schwäche, wie sie hier prognostiziert wird, verlangt nach einer politischen Antwort. Die Finanz- und Wirtschaftskrise fordert auch den Staat heraus, seine Fähigkeiten und Kompetenzen und seine Regulierungsmechanismen.

Die Doppelkrise wird außerhalb der USA auch durch die Entwicklungen am Devisenmarkt verlängert. Länder wie die USA und Großbritannien werden versuchen, sich

durch Abwertung ihrer Währung aus dem Konjunkturtief heraus zu ziehen. Dies werden sie auf Kosten der starken Währungsländer tun, beispielsweise zu Lasten Japans und der Staaten der Eurozone.

Die politik-ökonomischen Antworten auf die Krise sind durch die Diagnosen der Krisenursachen geprägt. Die Lehren, die aus der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 gezogen wurden, sind eindeutig: die öffentliche Hand muss eine geringe private Nachfrage durch eine zusätzliche staatlich geschaffene ersetzen. Ferner müssen Zentralbanken durch Liquiditätszufuhr, eine Schrumpfung der Geldmenge verhindern. Im Allgemeinen: Es wird oft geglaubt, dass es zu viel Markt gab und zu wenig Staat bzw. Staatlichkeit. Folglich wird wieder nach dem starken Staat gerufen.

Die Herausforderung an Europa besteht darin, die Verbindung von großen Wirtschaftskrisen mit einer Intensivierung des machtpolitischen Denkens und zugleich mit einem machtpolitischen Strukturwandel zu erkennen – eine Verbindung die uns aus der Geschichte wohlbekannt ist. Die neuen Stärken Europas und Deutschlands liegen aber nicht auf diesem Gebiet. Das moderne Europa ist gekennzeichnet durch kulturellen Reichtum, durch Verschiedenheit und Vielfalt und auch durch das was *Joseph Nye* „soft power“ genannt hat. Jedoch, es fehlt an der „hard power“, an harter Macht. Viele meinen natürlich in Anbetracht der machtsversessenen Vergangenheit Europas: Das ist auch gut so. Aber die Frage der Macht ist auch und vor allem eine Frage danach, wo denn die weichenstellenden Entscheidungen gefällt werden, und Krisen bringen einen „Nachfragezuwachs“ für schnelle Entscheidungen und effektive Lösungen. Die europäischen Stärken der Diversität und der miteinander konkurrierenden Staaten können Impulse für Kreativität geben – nur eben nicht in Krisenzeiten. In der Krise wird der starke Mann bzw. die starke Frau, jedenfalls aber der starke Staat, gefordert und nicht die Zögerlichkeit sowie die Komplexität der Antworten der Kulturen oder des Geistes prämiert.

Gewiss, es gibt europäische Erfolge im Verlauf der jetzigen Wirtschaftskrise. Ein solcher Erfolg ist die gemeinsame Währung. Wenn es den Euro nicht gegeben hätte, wäre die gegenwärtige Krise noch mit viel größeren Währungsturbulenzen und mit verheerenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft in Europa verbunden gewesen. Auch Länder wie Dänemark, die eine ähnliche stabilitätsorientierte Geldpolitik wie die Eurozone verfolgt haben, waren spekulativen Angriffen auf die Währung ausgesetzt. Hingegen blieb die Slowakei, die gerade rechtzeitig Mitglied der Eurozone geworden war, trotz eines großen Leistungsbilanzdefizits, bemerkenswert stabil. Und das kontrastiert deutlich zum krisengeschüttelten Ungarn. Die europäische Stärke in den letzten fünfzig Jahren beruhte insbesondere darauf, dass die europäische Staatengemeinschaft sich als ein Bündel vorwiegend kleinstaatlich denkender politischer Gemeinschaften wahrnahm und auch so benahm. Europa sehnte sich eben nicht nach einem neuen Bismarck, welcher dem verwirrenden Nebeneinander der Kleinstaaterei ein Ende setzen sollte.

In der jüngsten Ära der Globalisierung, jener zwanzig-jährigen Epoche seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus, waren die dynamischsten und reichsten Staaten in der Regel kleine, offene Volkswirtschaften: Singapur, Taiwan, Chile, Neuseeland und in Europa die früheren osteuropäischen Staaten. Ferner Irland, Österreich und die Schweiz. In der Welt nach der Finanzkrise aber wird sich das Zentrum wirtschaftlicher Anziehungskraft hin zu den großen Machtzentren verlagern. So liegt es seit einigen Jahren im Trend, die so genannten BRIC-Staaten, also Brasilien, Rußland, Indien und China, als die Giganten von morgen zu bezeichnen. In der Tat habe ich manchmal selbst das Gefühl, dass BRIC genau dafür steht, „Big Really Imperial Countries“.

ZWEI ÜBERRASCHENDE SCHLUSSFOLGERUNGEN: ZURÜCK ZU KEYNES – ABER WIE IN OFFENEN VOLKSWIRTSCHAFTEN?

Zwei überraschende Schlussfolgerungen haben sich aus der aktuellen Diskussion über mögliche Lösungen der weltweiten Finanzkrise ergeben, aber nur über die erste ist man sich inzwischen schon vollständig im Klaren.

Erstens bedarf es umfassender Maßnahmen des öffentlichen Sektors. Wir sind jetzt alle in der Fiskalpolitik wieder zu Keynesianer geworden. Wir sind auch überzeugt, dass eine verstärkte und gestraffte Regulierung der Finanzmärkte dringend notwendig ist.

Zweitens sind solche Maßnahmen jedoch hochkompliziert und politisch schwer durchzusetzen, weil in einer globalisierten Welt grenzübergreifende Hilfen erforderlich sind. Über diesen zweiten Punkt herrscht folglich kein Konsens: Im Gegenteil, wir treiben alle wieder auf nationale Lösungen zu. Schon die Erfahrungen der Großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre lehren, dass der Nationalismus dem keynesiansischen Krisenlösungsmechanismus anhaftet.

Zunächst wurden privatwirtschaftliche Konzepte zur Behebung der Finanzkrise ausprobiert. Sie sind jedoch in atemberaubend kurzer Zeit gescheitert. US-Finanzminister Hank Paulson, der von der stärksten US-Investmentbank Goldman Sachs in die Regierung gewechselt war, spekulierte auf eine schnelle Selbstreinigung des Marktes, als er am 14. September 2008 die Pleite von *Lehman Brothers* geschehen ließ. Zu diesem Zeitpunkt meinte er, die USA dürften keine „Bailout-Kultur“ zulassen. Die strikte Weigerung der Regierung sollte ein Zeichen setzen: Die größten Teile der US-Wirtschaft seien im Wesentlichen gesund und die amerikanischen Finanzmärkte ausreichend hoch entwickelt, um selber gesunde Geschäftspraktiken von schlechten unterscheiden zu können.

Schon nach wenigen Tagen war aber klar, dass Paulson seine hoch riskante Wette vom September 2008 verloren hatte, dass seine Strategie fehlgeschlagen war. Er war so wenig erfolgreich wie sein Vorgänger Andrew Mellon, der demselben Kalkül im Jahr

1929 gefolgt war und ebenso wie Paulson als Versager in die Geschichte eingegangen ist. Die unterlassene Hilfeleistung hat nur andere, größere Rettungsaktionen erforderlich gemacht und beschleunigt herbei geführt – etwa bei AIG in den USA und bei RBS und HBOS in Großbritannien.²

In einem Klima extremer Verunsicherung reicht Selbsthilfe allein nicht aus. Die Regierungen und Notenbanken müssen eingreifen, denn nur sie können mit dem nötigen Gewicht schnell genug reagieren. Nur Regierung und die Fed³ gemeinsam konnten den Hypothekenriesen Fannie Mae und Freddie Mac⁴ rechtzeitig zur Hilfe kommen, um gleich darauf AIG zu retten und dann auch noch die krisengeschüttelte Großbank Citigroup sowie die Bank of America zu stützen. Dieser Prozess wurde in Europa oft als das Ende des amerikanischen Systems des Wirtschaftsliberalismus bezeichnet, so auch vom ehemaligen deutschen Finanzminister Peer Steinbrück. Es liegt eine historische Ironie in der Tatsache, dass es den USA viel leichter fällt als jedem anderen Land, ein „unamerikanisches“ System durchzusetzen. Es gibt sie also doch, die amerikanische Bailout-Kultur. Die Europäer haben mit Lösungen im Stil des „New Deal“ viel größere Probleme gehabt.

Die Einbeziehung der Staaten in die Rettung von Banken und Versicherungen hat eine neue Logik offen gelegt: Wenn es Regierungen und Steuerzahlern obliegt, die Institutionen der Finanzwirtschaft vor dem Kollaps zu bewahren, müssen sie diese folglich auch überwachen und regulieren – um zu verhindern, dass in Zukunft ähnliche Notwendigkeiten auftreten. Eine solche Regulierung wird demzufolge im selben politischen Kontext vorzunehmen sein wie die Verwaltung von Steuereinnahmen, also vor allem im nationalen Rahmen. Dies ist in den Vereinigten Staaten möglich, in etlichen Teilen der Welt jedoch nicht – vor allem nicht in jenen kleineren Ländern, in denen eine große Ansammlung von Kreditinstituten zu finden ist. Implodieren dort im Gefolge der Krise hypertrophe finanzwirtschaftliche Strukturen, sind diese Länder besonders gefährdet. Island ist dafür ein erschreckendes Beispiel – dort übersteigen die Verbindlichkeiten der Banken das Nationaleinkommen um ein Vielfaches. Dieses Dilemma trifft überall in Europa zu, wo etliche Banken schlicht ihrem nationalen Kontrollrahmen entwachsen sind und wo es, bis heute, keine europaweite Bankenaufsicht gibt. Kommt es zum Einsturz großer, transnationaler Finanzhäuser, wie etwa der niederländisch-belgischen For-

² Die drei Abkürzungen stehen für: AIG = American International Group, Inc.; RBS = Royal Bank of Scotland Group plc; und HBOS = Halifax Bank of Scotland plc.

³ Fed steht für das Federal Reserve System. Es ist das Zentralbanksystem der USA.

⁴ Fannie Mae ist ein Spitzname, der sich ursprünglich auf die Federal National Mortgage Association, FNMA, bezog. Freddie Mac ist ein Spitzname, der sich ursprünglich auf die Federal Home Loan Mortgage Corporation, FHLMC, bezog.

tis-Gruppe im Jahr 2008, entstehen sogleich gravierende Probleme, welche die Europäische Union aber kaum zu lösen vermag, so dass diese transnationalen Finanzinstitutionen tendenziell zerlegt und wieder in nationale Komponenten rückgebildet werden.

In jedem Fall werden die nationalen Regulierer die Geschäftsstrategien der Banken, welche sie in ihre Obhut nehmen, zurechtstutzen wollen. In ihren Augen ist der Internationalismus für die (nationale) politische Verwundbarkeit verantwortlich. So verurteilte etwa jüngst Gordon Brown die weltweiten Engagements gescheiterter Banken wie der Royal Bank of Scotland, der RBS:

„Beinah alle ihre Verluste entstanden im amerikanischen Hypothekenkreditmarkt oder sind mit der Übernahme der ABN Amro Bank verbunden. Das sind unverantwortliche Risiken, die die Bank mit dem Geld unserer Landsleute eingegangen ist.“

Ein wichtiger Teil des Rettungsplans der RBS bestand denn auch im Verkauf ausländischer Beteiligungen und Positionen. In anderen Ländern finden wir ein ähnliches Muster: In ihrem Heimatgeschäft hatten österreichische ebenso wie italienische Banken kaum Probleme, sie fuhren jedoch massive Verluste ein, die sich aus früheren, groß angelegten Käufen osteuropäischer Finanzhäuser ergaben. So wird auch der amerikanische Gigant Citigroup, der eine Präsenz in über 100 Ländern aufgebaut hat, bei seiner Verschlinkung die ausländischen Engagements abbauen, auch wenn die großen Verluste überwiegend direkt aus dem US-Geschäft stammen. In Deutschland stößt die nun im Staatsbesitz befindliche Commerzbank viele von ihren ausländischen Beteiligungen ab. Der Gouverneur der Bank von England brachte die Situation unlängst charmant auf den Punkt, als er sagte: Die Giganten der Finanzwirtschaft sind zwar in ihrem Leben global, werden aber in ihrem Tod national.

Es wird also eine Rückkehr zu einem einfacheren, nationaleren Finanzwesen geben. So favorisierte der ehemalige japanische Vize-Finanzminister Eisuke Sakakibara, der als „Mr. Yen“ bekannt wurde, die altbewährte, lokale Kreditvergabe und Kreditaufnahme mit dem Argument:

„So war es im Japan der Vor-Meiji-Zeit [vor 1868] und dorthin sollten wir zurückkehren.“

Der an der Columbia-University lehrende Wirtschaftswissenschaftler Amar Bhidé nannte diese Idee „Retro-Finanzwirtschaft“. Dafür bestehen unterschiedliche Möglichkeiten: von der regionalen Aufteilung von Banken über deren progressive Besteuerung – um große Institutionen zu benachteiligen – bis hin zur schrittweisen Aufstockung des Kapitalbedarfs. Bankexperten wie der ehemalige US-Notenbankchef Paul Volcker und der derzeitige Gouverneur der Bank of England Mervyn King plädieren dafür die Banken aufzuteilen: in stark regulierte große und sehr konservativ geführte Institutionen, die das Alltagsgeschäft betreiben und in kleinere Einrichtungen, die nicht durch den Staat

garantiert werden und die sich dementsprechend auch wie Spielbanken benehmen dürfen.

Warum aber sollten nur die Finanzhäuser von Staatsmitteln profitieren? Die Frage schien nur zu berechtigt. Das Prinzip der Stützung Not leidender Unternehmen wird also immer weiter ausgedehnt – auf Automobilhersteller, dann auf die Zulieferer der Automobilindustrie, dann auf andere wichtige oder stimmkräftige Interessengruppen. Europäische Regierungen, vor allem die französische, denken über nationale Beteiligungsfonds nach, die neue Industriestrategien entwerfen und umsetzen sollen.

Die Verantwortlichen dehnten also das Prinzip weiter aus: Eine breiter angelegte und gerechtere Verteilungspolitik sollte die Konjunktur ankurbeln. Kurz, man suchte nach einer Lösung im keynesianischen Stil. Die Fiskalpolitik sollte helfen, wo die Geldpolitik gescheitert war – obwohl viele Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftshistoriker die Wirksamkeit solcher konjunkturstützenden Maßnahmen bezweifeln. Zu diesen Skeptikern zählte einst auch Christina Romer. Jetzt, als die Wirtschaftsberaterin im Weißen Haus, also als Vorsitzende des Council of Economic Advisers, hat sie ihre Meinung über die Auswirkungen von Fiskalpolitik geändert.

Im Verlauf der Krise überschlugen sich die Antworten: Am Anfang war die Liquiditätszufuhr, die schon im September 2008 in gewaltigem Umfang von den Zentralbanken eingesetzt wurde. Diese Hilfe schlug aber nicht sofort an. Es kann sein, dass sie tatsächlich zeitverzögert wirkte – denn ein solcher Eingriff lässt sich mit einem Kurswechsel von Ozeanriesen vergleichen, bei denen das Herumwerfen des Ruders auch nicht sofort die Richtung ändert. In der Zwischenzeit ist dann die Versuchung groß, andere Lösungen auszuprobieren. Es ist so, als ob der Computer hängt und man sofort hektisch auf alle Tasten hämmert. Meistens hat solcher Aktionismus keinen Erfolg. Die Lösungen kommen die Staatenwelt jedoch teuer zu stehen. Experten rechnen für das Jahr 2009 damit, dass weltweit die öffentlichen Schulden um \$ 3,000 Milliarden zugenommen haben werden. Damit hätte sie sich verglichen mit dem Jahr 2008 verdreifacht.

EIN PANORAMA DER GROßGEFAHRENPOTENTIALE

In dieser Entwicklung sind vier gewaltige Gefahrenpotentiale entstanden.

Die erste Gefahr: (Zu) Kleine Formate bei (zu) großen Problemen

Es können nur wirklich ganz große Staaten eine breit ausgelegte keynesianische Politik betreiben. Chinas vier Billionen Yuan schweres Konjunkturpaket scheint erfolgreich zu sein. Die chinesische Wirtschaft hat im Jahr 2009 an Wachstum zu gelegt. Und auch das 787 Milliarden schwere US-Anreizprogramm hat angeblich schon über 600.000 neue Stellen geschaffen.

Die heikelsten Probleme treten abermals in Europa auf. So stärkt die wachsende Zahl der Eingriffe die Rolle der Nationalstaaten – zu Lasten der EU und der europäischen Idee. Frankreich etwa machte im vergangenen Jahr seine Hilfen für die Automobilindustrie zunächst davon abhängig, dass die betroffenen Firmen ihre Produktion aus der Slowakei zurückholten. Zwar wurde Paris durch Brüsseler Interventionen dazu gebracht, diese Bedingungen nicht weiter aufrechtzuerhalten, durfte allerdings bald mit ansehen, wie die Autobauer ihre Fertigung tatsächlich in die Heimat zurück verlagerten. Hinzu kommt, dass sich kleinere Staaten eine keynesianische Politik schlicht nicht leisten können oder dürfen – entweder weil es ihnen die Regeln nicht erlauben oder weil die Märkte solchen Politiken skeptisch gegenüberstehen und sie ihnen daher zu teuer zu stehen kommen. So trugen zwar die geldpolitischen Regeln, die das Herzstück des Maastricht-Vertrags zur gemeinsamen europäischen Währung ausmachen – nämlich das Haushaltsdefizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die Gesamtverschuldung auf 60 Prozent des BIP zu begrenzen – der unterschiedlichen Verschuldung der Haushalte der Mitgliedstaaten Rechnung. Ferner sollten sie zur fiskalischen Disziplin beitragen. In einer Krise jedoch, die antizyklische keynesianische Maßnahmen erfordert, konnten diese Regeln aufgegeben werden.

Gleichwohl sind solche Gegenmaßnahmen nur in einer handvoll großer Nationalstaaten möglich: Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland könnten diese finanzieren – Griechenland, Italien oder Portugal hingegen nicht. Großbritannien und Italien kämpfen zwar in derselben Gewichtsklasse wie Frankreich und die Bundesrepublik. Italien ist aber wegen seiner überzogenen Staatsschulden und der innenpolitischen Blockaden nicht handlungsfähig, während Großbritannien⁵ auf Grund seines übergroßen Finanzsektors und der hohen Kosten der schon laufenden Sanierung seiner Banken paralysiert ist. Die Antikrisenpolitik in der EU ist damit vornehmlich eine gemeinsame deutsch-französische Angelegenheit. Das verweist auf eine Rückkehr zu alten EG-Handlungsmustern, wie sie von den 1950er bis in die 1980er Jahre galten.

In einer Zwischenlage – sowohl zwischen funktionell groß und klein wie zwischen maßstabsgerecht und -ungerecht – befinden sich Länder wie Spanien und Irland, deren Haushalte vor dem Ausbruch dieser Weltwirtschaftskrise relativ solide finanziert waren. Nun geraten sie durch die Bekämpfung der Bankverschuldungen massiv ins Minus.

Die Entscheidungsmacht von Europas Staaten ist angesichts der kaum praktikablen Alternativen gelähmt:

⁵ Dasselbe Zahlenspiel wie in der Eurozone – nämlich die Übernahme bisheriger privater Schulden durch die öffentliche Hand – erschütterte in der EU *außerhalb der Eurozone* auch den Staatshaushalt Großbritanniens.

- Sie müssten sich nämlich entweder auf ein europaweites Konjunkturpaket konzentrieren für das es keine politische Unterstützung und keine bewährte Sphäre europäischer Politik gibt.
- Oder sie müssten Maßnahmen ergreifen, welche sicherstellen, dass die finanziellen Hilfen den jeweils nationalen Volkswirtschaften zugute kommen, was der Orientierung der EU auf einen gemeinsamen Markt entgegenstehen würde, ihn sogar zerbrechen könnte.

Wenn die öffentliche Hand mit keynesianischen Mitteln die Nachfrage ankurbelt, werden Steuerzahler und die Politiker, die sie vertreten, darauf bestehen, dass das Geld im eigenen Lande und nicht anderswo investiert bzw. ausgegeben wird. Eine Konjunkturspritze, die den deutschen Haushalt belastet, sollte nicht chinesischen oder auch italienischen Produzenten zugute kommen. In den 1930er Jahren galt der Keynesianismus als nationale Lösung. Heute leckt die „nationale Badewanne“ zu schnell, um sie noch effektiv mit keynesianischem Wasser füllen zu können. Mit dieser Forderung werden die globale und auch die europäische Integration, die die Grundlage der Nachkriegsprosperität gewesen sind, in Frage gestellt. Schon jetzt können wir bemerken, wie die europäischen Institutionen, vor allem die Europäische Kommission, in der Krise hilflos wirken und wie sich umgekehrt die Politiker auf der nationalen Ebene durch blinden Aktivismus profilieren (wollen). Aber in der wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit sind gerade diesem Politikaktivismus ziemlich strenge Grenzen gezogen.

Die zweite Gefahr: Gelingt das „Containment“ der Überschuldung?

Eine weitere Gefahr stellt das weltweite Anwachsen der öffentlichen Schulden dar, insbesondere bei den Industriestaaten, während die Schwellenländer weiter auf die Verringerung ihrer Defizite hinarbeiten.

In Deutschland stellt es sich allerdings anders dar. Nicht, weil dort jetzt kein Geld ausgegeben würde, sondern weil dort anders über die Zukunft gesprochen wird. Die deutsche Regierung geht besonders aggressiv gegen Defizite vor und versucht, eine unterschiedene Ausstiegsstrategie zu entwerfen. Angela Merkel hat der US-Notenbank und der Bank von England „quantitative Lockerung“ vorgeworfen. Diese Lockerung hat es der Zentralbank praktisch erlaubt, die verschiedensten staatlichen und nicht-staatlichen Schulden zu monetarisieren. Der Deutsche Bundestag hat außerdem noch Mitte 2009 eine Grundgesetzänderung gebilligt, derzufolge die Staatsverschuldung für 2016 auf 35 Prozent des Bruttoinlandprodukts verringert und ab 2020 zur Gänze beseitigt werden soll.

Deutsche Politiker haben schon früher eine harte Linie in der Geldpolitik und bei der Verschuldung verfolgt – und sie sind dafür massiv international kritisiert worden. In den späten 1970er Jahren, als die Welt mit einer Mischung aus stagnierendem Wachstum

und Inflation fertig werden musste, hat Helmut Schmidt britischen, französischen und amerikanischen Staats- und Regierungschefs immer wieder erklärt, ihre Defizite seien falsch und gefährlich. Er glaubte, die Lösung für eine Stagflation bestünde darin, die Defizite zu minimieren. Die anderen Regierungschefs hielten ihn für arrogant.

Die einfachste Erklärung für diese deutsche Eigenart ist die Fixierung auf die Lektionen der eigenen Geschichte, insbesondere auf die zwei außer Kontrolle geratenen Inflationen im 20. Jahrhundert, als Personen mit Geldvermögen enteignet wurden. Die große Inflation Anfang der 1920er Jahre, die in einer Hyper-Inflation gipfelte und in deren Verlauf die Preise bis zu sieben Mal am Tag angepasst werden mussten, hat den Mittelstand zerstört und die politische Instabilität erzeugt. Das ebnete schließlich Adolf Hitler den Weg. Hitler hatte mehrmals versprochen, die Inflation mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Selbst wenn diejenigen, welche diese zweite Episode der Geldzerstörung noch miterlebt haben, schon sehr alt sind, ist die politische Resonanz dieser Vorgänge noch immer sehr präsent und groß. Die *Bild-Zeitung* warnte im März 2009 mit einer Schlagzeile vor einer Inflation – zu einer Zeit also, in der alle Preissignale in die entgegen gesetzte Richtung zeigten! Angela Merkel hat sehr sensible politische Antennen und ihre Reaktion stimmte genau mit dem Empfinden der Deutschen überein.

Ferner gibt es noch eine Erklärung für die besondere deutsche Einstellung. Während Regierungen in der ganzen Welt – Deutschland eingeschlossen – beispiellos hohe Schulden anhäufen, sorgt man sich auf den Märkten um die Nachhaltigkeit. Einige krisengeschüttelte Länder wie Lettland können bereits keine weiteren Schulden mehr machen. Und sogar große und stabile Staaten wie Großbritannien und die USA haben immer mehr Schwierigkeiten bei Auktionen von Staatspapieren Abnehmer zu einem angemessenen Preis zu finden. Große Investoren, besonders die, die über die Kapitalreserven der asiatischen Länder verfügen, werden immer nervöser.

Eine in den Artikeln 109 Absatz 3 und 143d des Grundgesetzes in Stein gemeißelte Schuldenbremse soll einer immer angespannteren Situation bei der Nachfrage nach Finanzierung Herr werden. Die Bundesrepublik scheint das niedrigere Kreditrisiko zu sein, nebenbei kann sie ihre aktuelle Verschuldung einfacher und billiger finanzieren.

Die gesetzliche Festlegung von ausgeglichenen Haushalten ist jedoch auch in gewissem Maße ein Bluff. Extravagante Versprechen, irgendwann in der Zukunft finanzpolitisch artig zu sein, sind nicht sonderlich glaubhaft, obwohl sie oft eine kurzfristige Wirkung erzielen. Im Jahr 1985 hat der US-Kongress das Gramm-Rudman-Gesetz verabschiedet, das bei einer Staatsverschuldung automatische Ausgabenkürzungen vorsah. Es wurde später als verfassungswidrig eingestuft. Allerdings hat es einen Prozess der Budgetkonsolidierung eingeleitet.

Die Maastricht-Kriterien der EU, welche die Defizite auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes beschränken, gehören in dieselbe Kategorie: Es handelt sich um eine Vorgabe, die bei verstärktem Druck auf die Politik großzügiger ausgelegt werden kann. Die Vorgabe half zunächst dabei, Defizite und Kreditkosten zu verringern. Auch strenge Regeln können im Nachhinein umgangen werden. Zuvor versprechen sie jedoch einen Zuwachs an Glaubwürdigkeit, an „Kredibilität“, und damit eine billigere Finanzierung der öffentlichen Neuverschuldung.

Die dritte Gefahr: Die Unausweichlichkeit von Verteilungswirkungen

Diese Gefahr besteht darin, dass die eingesetzten Krisenlösungen nicht verteilungsneutral sind. Keine institutionelle Lösung ist völlig neutral in ihren Auswirkungen auf die Einkommensverteilung – und es ist das relative Einkommen und der relative Wohlstand, um die sich die politische Debatte in der Regel drehen. Rettungsoperationen führen unweigerlich in bittere Kontroversen hinein, denn sie helfen nur einigen, aber immer auch vielen anderen nicht: Die Rettung der Automobilhersteller gilt den Arbeitnehmern und den Zulieferern als eine gute Maßnahme. Doch die Kosten dafür müssen alle tragen, auch Firmen, die nicht gerettet werden – vermutlich weil sie effizienter arbeiten – also Firmen, die infolgedessen im Wettbewerb benachteiligt werden.

Kurz gefasst, derartige Rettungsmaßnahmen scheinen Großunternehmen mit schlechtem Management zu helfen. Kleine Unternehmen kritisieren, dass sie schon rein organisatorisch gesehen nicht über den Einfluss verfügen, den Regierungen öffentliche Gelder zu entlocken. Und Bankenrettungen, bei denen öffentliche Mittel unmittelbar eingesetzt werden, um gescheiterte Institute mit frischem Kapital auszustatten, sind sogar noch teurer und zudem politisch weit unpopulärer.

Die Befürworter geldpolitischer Impulse argumentieren manchmal wie folgt: Diese Impulse sind vorzuziehen, weil sie in ihren Verteilungseffekten neutraler sind und weil ihr Nutzen weiter gestreut ist als bei den keynesianischen Politiken. Doch sind geldpolitische Impulse in Wahrheit oft genau so selektiv wie es die Rettungsaktionen sein würden.

Die von dem großen monetaristischen Ökonomen Milton Friedman populär gemachte Analogie war: Die Zentralbank kann Deflationsprobleme immer dadurch bekämpfen, dass sie Geld aus einem Hubschrauber auf die Bürger abwerfe. In der realen Welt stehen aber beim Abwurf nicht alle gerade zufällig unter diesem Hubschrauber. Tatsächlich ist es zudem eher wahrscheinlich, dass der Hubschrauberpilot, wenn er das Geld abwirft, über Freunden und Angehörigen kreist. Und selbst wenn der Pilot in keiner Weise korrupt ist, wird die Menge am Boden doch stets davon ausgehen, dass es irgendeinen versteckten und parteiischen Plan gibt.

Genau darin besteht das Problem bei der aggressiven Bereitstellung von Liquidität, der quantitativen Lockerung und der Senkung der Zentralbankzinsen, die zur Bekämpfung der aktuellen Krise eingesetzt werden. Bei der heutigen Kreditverknappung verleihen die Zentralbanken wie schon während der Großen Depression praktisch zum Nullzins also zum Nulltarif, Geld. Einleger erhalten fast nichts für ihre Einlagen. Aber wenn Unternehmen und Verbraucher versuchen, einen Kredit aufzunehmen, stellen sie fest, dass dies für sie enorm teuer wenn nicht gar unmöglich ist. Die Kreditgeber, die Bankiers sind misstrauisch. Besorgt über die Kreditwürdigkeit verlangen sie hohe Risikoaufschläge. Infolgedessen nimmt das Kreditvolumen in den meisten Ländern weiter ab.

In der Praxis sind es allein die Banken, die Zugang zu billigen Krediten haben. Folglich können sie ihre Bilanzen in Ordnung bringen, indem sie billiges Geld aufnehmen und es teuer verleihen. Darum erscheinen trotz eines großen Abschreibungsbedarfs viele Banken plötzlich so unerwartet profitabel. Doch der Gegensatz zwischen der Gewinnträchtigkeit der Banken und den Nöten aller anderen erhöht den politischen Druck auf die Zentralbanken, die nun erklären müssen, warum es allein ihre „Freunde“, eben die Finanzinstitute, sind, die beim Geldabwurf unter dem Hubschrauber standen und stehen.

Die vierte Gefahr: Der Kurzschluss utopischer Verhaltenstherapien

Ich möchte noch auf eine vierte und letzte Gefahr hinweisen. Und ich hoffe, dass es sich lediglich um eine Möglichkeit handelt. Aber schon der Umstand, dass diese Möglichkeit erörtert werden muss, ist – besonders in historischer Perspektive betrachtet – höchst Schrecken erregend.

Antworten auf Krisen lassen sich in zwei Kategorien einordnen. Bei der einen geht es um eine *institutionelle* Neuordnung, damit Ineffizienzen und Fehlanreize beseitigt werden und die Wirtschaft reibungsloser und effizienter funktioniert. Bei der anderen wird mit einem radikaleren Ansatz versucht, nicht die Wirtschaft zu verbessern, sondern die Art und Weise, in der die *Menschen* selbst ihr Leben führen.

Die Frustration über die Komplexität und die Umsetzungsprobleme der schnellen Lösungen, führt zu Versuchen, noch radikalere Mittel zu finden. Manche möchten unmittelbar auf die grundlegenden menschlichen Neigungen durchgreifen und das individuelle Verhalten ändern, um die Menschen besser zu machen. Gerade in Krisenzeiten gedeihen utopische Ideen über Techniken, mit denen man das Glück der Menschen sichern will. Die Befürworter dieser Techniken berufen sich häufig auf irgendeine wissenschaftliche Grundlage.

So versuchten etwa lange vor dem Finanzzusammenbruch experimentelle Ökonomen gemeinsam mit Psychologen, unterschiedliche menschliche Neigungen zu Gier zu messen. Es wurde Belege dafür gefunden, dass eine Verbindung zwischen dem Dopaminspiegel, Sucht und gierigem Verhalten besteht.

Da eine weit verbreitete Diagnose der im Finanzdienstleistungsgeschäft erzeugten Probleme besagt, diese seien auf menschliche Gier zurückzuführen, hat eine deutsche Denkfabrik kürzlich vorgeschlagen, Leute mit einer genetischen Neigung zu einem hohen Dopaminspiegel einfach von Führungspositionen in Finanzinstituten auszuschließen.⁶ Doch solche scheinbar attraktiven Strategien, die darauf abzielen, die Menschen besser zu machen, wirken ausgrenzend und beruhen auf ziemlich willkürlichen Tests. Wollte man den Vorschlag umsetzen, so würde er aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein Verhalten ausschließen, das akzeptable Risiken umfasst, und nicht nur diejenigen aussortieren, die wilde und unangemessene Entscheidungen treffen. Eine solche Berufszulassung neuer Art würde zudem wie ein Dammbbruch für andere berufliche Zugangs-Screenings wirken, die personell eine weit größere Reichweite hätten.

Die institutionellen und die verhaltensorientierten Reaktionen auf eine Krise weisen beide auf grundlegende Probleme hin. Die Suche nach technischen institutionellen Lösungen führt zu politischer Polarisierung und kann Blockadesituationen herbeiführen. Die Suche nach den tief sitzenden menschlichen Wurzeln der Wirtschafts- und Finanzkrise hingegen führt zu Versuchen, die menschliche Natur zu verändern. Das ist nutzlos und schon als solches sehr viel gefährlicher. Man treibt dann den Teufel mit dem Beelzebub aus.

HINWEISE AUF VERTIEFUNGSLÉKTÜRE

Borchardt, Knut (1982). *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik: Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Hayek, Friedrich (1944). *The Road to Serfdom*, Chicago: University of Chicago Press.

Hellwig, Martin F. (2009). Systemic risk in the financial sector: An analysis of the subprime mortgage financial crisis, *De Economist* 157 (2), S. 129-207.

Kindleberger, Charles P. (1973). *The World in Depression*, Berkeley, CA: University of California Press.

James, Harold (2001), *The End of Globalization*, Cambridge, MA: Harvard University Press (deutsch *Der Rückfall*, München: Piper Verlag 2005).

James, Harold (2009). *The Creation and Destruction of Value: The Globalization Cycle*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

⁶ Diesen Vorschlag machte der Frankfurter Zukunftsrat im Juni 2009 in seinen „sieben Thesen zur Neuroökonomie“; s. <http://www.frankfurter-zukunftsrat.de/Presseservice/pdf/pressemeldung20090617.pdf>

BIOGRAPHISCHE ANMERKUNG

Harold James ist Professor für Geschichte und Internationale Angelegenheiten an der Princeton University und bis zum Sommer des Jahres 2010 Marie Curie Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Telefon: +1 609-258-4160

E-Mail: hjames@princeton.edu

Website: http://www.princeton.edu/history/people/display_person.xml?netid=hjames
und <http://www.projectsyndicate.org/series/71/description>

Anschrift: Princeton University, 218 Dickinson Hall, Princeton, New Jersey 08544 USA

MICHAEL ZÜRN, STEPHAN LEIBFRIED, BERNHARD ZANGL, BERNHARD PETERS:
Transformations of the State?, 001/2004

DIETER GRIMM: Die Verfassung im Prozess der Entstaatlichung, 002 / 2004

PHILIPP GENSCHER: Globalisation and the Welfare State: A Retrospective, 003/2004

CAROLA GLINSKI: Haftung Multinationaler Unternehmen beim Transfer von
Produktionsrisiken in Entwicklungsländer, 004/2004

STEPHAN LEIBFRIED, HERBERT OBINGER, CLAUDIA BOGEDAN, EDITH OBINGER-GINDULIS,
JULIA MOSER, PETER STARKE: Beyond Resilience: Welfare State Changes in Austria,
Denmark, New Zealand and Switzerland, 005/2004

GERD WINTER: Subsidiarität und Legitimation in der Europäischen
Mehrebenenverwaltung, 006/2004

KERSTIN MARTENS, CAROLIN BALZER, REINHOLD SACKMANN, ANSGAR WEYMANN:
Comparing Governance of International Organisations - The EU, the OECD
and Educational Policy, 007/2004

KAREN J. ALTER: Agents or Trustees? International Courts in their Political Context,
008/2004

CLAUS WENDT, SIMONE GRIMMEISEN, UWE HELMERT, HEINZ ROTHGANG, MIRELLA CACACE:
Convergence or Divergence of OECD Health Care Systems?, 009/2004

PHILIPP GENSCHER: Globalisation and the Transformation of the Tax State, 010/2005

MICHAEL WARNING: Die Legitimierung transnationalen Rechts. Am Beispiel der
transnationalen Chemikalienregulierung, 011/2005

IRENE DINGELDEY: Wandel von Governance im Sozialstaat. Zur Implementation aktivie-
render Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Grossbritannien, 012/2005

SEBASTIAN MAYER: Sicherheitspolitische Interventionen der Europäischen Union.
Rahmenbedingungen, Kompetenzen und Interaktionsmuster, 013/2005

HANSPETER KRIESI, EDGAR GRANDE, ROMAIN LACHAT, MARTIN DOLEZAL, SIMON BORNSCHIER,
TIMOTHEO FREY: Globalization and the Transformation of the National Political Space:
Six European Countries compared, 014/2005

HERBERT OBINGER, REIMUT ZOHLNHÖFER: Selling off the „Family Silver“: The Politics of
Privatization in the OECD 1990-2000, 015/2005

HERBERT OBINGER, STEPHAN LEIBFRIED, FRANCIS G. CASTLES: Prospects for a European Wel-
fare State. Lessons from Welfare State Development in six OECD-Federations, 016/2005

CHRISTIAN JOERGES: Juridification Patterns for Social Regulation and the WTO:
A Theoretical Framework, 017/2005

CHRISTIANE GERSTETTER, MATTHIAS LEONHARD MAIER: Risk regulation, trade and
international law: Debating the precautionary principle in and around the WTO, 018/2005

MICHAEL BRÜGGEMANN: How the EU constructs the European Public Sphere: Seven
Strategies of Information Policy, 019/2005

MARTIN HERBERG: Entkoppeltes Recht? Die Umweltstandards multinationaler Konzerne
zwischen Informalität und Verrechtlichung, 020/2005

IRENE DINGELDEY: Welfare State Transformation between ‘Workfare’ and an ‘Enabling’
State. A comparative analysis, 021/2005

PETER STARKE: Resilient or Residual? From the Wage Earners’ Welfare State to Market
Conformity in New Zealand, 022/2005

SILKE WEINLICH: Prävention und Intervention: Konzeptionelle Entwicklungen in den
Vereinten Nationen von der Agenda für den Frieden bis zum Bericht des High-Level
Panels on Threats, Challenges and Change, 023/2005





ACHIM HURRELMANN, ZUZANA KRELL-LALUHOVÁ, STEFFEN SCHNEIDER: Mapping Legitimacy Discourses in Democratic Nation States: Great Britain, Switzerland, and the United States Compared, 024/2005

MICHAEL WINDZIO, REINHOLD SACKMANN, KERSTIN MARTENS: Types of Governance in Education – A Quantitative Analysis, 025/2005

HEINZ ROTHGANG, MIRELLA CACACE: Fair financing in Germany's public health insurance: Income-related contributions or flat premiums?, 026/2005

ALETTA MONDRÉ, BERNHARD ZANGL: Judicialization in International Security. A Theoretical Concept and some Preliminary Evidence, 027/2005

JULIA MOSER: Expanding the Welfare State after the Golden Age: The Case of Switzerland, 028/2005

ANDREAS WIMMEL: Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei, 029/2005

SUSANNE UHL: Zurück in die Zukunft! Ein Parforce-Ritt durch die neuzeitliche Steuergeschichte, 030/2005

THOMAS RIXEN, INGO ROHLFING: The Political Economy of Bilateralism and Multilateralism: Institutional Choice in International Trade and Taxation, 031/2005

CLAUS WENDT, HEINZ ROTHGANG, UWE HELMERT: The self-regulatory German health care system between growing competition and state hierarchy, 032/2005

KERSTIN MARTENS, PETER STARKE: Education as an Export Industry: The Case of New Zealand, 033/2006

JOCHEN ZIMMERMANN, PHILIPP VOLMER, JÖRG WERNER: New Governance Modes for Germany's Financial Reporting System, 034/2006

FRANCIS G. CASTLES: The Growth of the Post-war Public Expenditure State: Long-term Trajectories and Recent Trends, 035/2006

ELKE KRAHMANN: The End of the 'New World Order'? Security Governance and US Imperialism after 9/11, 036/2006

MICHAEL BRÜGGEMANN, STEFANIE SIFFT, KATHARINA KLEINEN VON KÖNIGSLÖW, BERNHARD PETERS, ANDREAS WIMMEL: Segmented Europeanization. The Transnationalization of Public Spheres in Europe: Trends and Patterns, 037/2006

CLAUDIA KISSLING: The Legal Status of NGOs in International Governance and its Relevance for the Legitimacy of International Organizations, 038/2006

KERSTIN MARTENS, MICHAEL BRÜGGEMANN: Kein Experte ist wie der andere. Vom Umgang mit Missionaren und Geschichtenerzählern, 039/2006

CLAUDIA BOGEDAN: Readjusting the social democratic welfare state in Denmark. 1973 – 2003, 040/2006

ACHIM HURRELMANN: Multi-Level Legitimacy: Conceptualizing Legitimacy Relationships between the EU and National Democracies, 041/2006

JENS STEFFEK, CLAUDIA KISSLING: Civil Society Participation in International Governance: The UN and the WTO Compared, 042/2006

CHARLOTTE DANY: The Impact of Participation: How Civil Society Organisations contribute to the Democratic Quality of the UN World Summit on the Information Society, 043/2006

ADRIANA SINCLAIR, MICHAEL BYERS: When US scholars speak of "sovereignty", what do they mean?, 044/2006

PHILIPP GENSCHER, STEPHAN LEIBFRIED, BERNHARD ZANGL: Zerfaserung und Selbsttransformation – Das Forschungsprogramm „Staatlichkeit im Wandel“, 045/2006

SEBASTIAN MAYER: TACIS and EU's Security of Energy Supply: The Commission as a Strategic Actor in External Relations, 046/2006

KLAUS ARMINGEON: Kleinststaaten in Weltmärkten. Drei Ergänzungen der Katzenstein-These, 047/2006

MICHAEL FELDER: Wie vollzieht sich der (bürokratische) Wandel von Staatlichkeit? – das Beispiel der Europäisierung des Mehrebenenverwaltungssystems Deutschlands, 048/2007

THOMAS DIETZ, HOLGER NIESWANDT: Cross-Border Cooperation. The meaning of Cognitive and Normative Expectations for the Emergence of Global Research and Development Cooperation, 049/2007

CLAUS WENDT, IRENE DINGELDEY, KERSTIN MARTENS, PETER STARKE, JOCHEN ZIMMERMANN: Der Wandel des Interventionsstaates, 050/2007

STEFFEN MAU, JAN-HENDRIK KAMLAGE, TILL KATHMANN, SONJA WROBEL: Staatlichkeit, Territorialgrenzen und Personenmobilität, 051/2007

UTE HARTENBERGER: Auf dem Weg zum transnationalen Regulierungsregime? Eine Analyse am Beispiel der Regulierung des Telekommunikationsmarktes, 052/2007

JOHANNES KESSLER: Globalisierung oder Integration. Korrespondenzprobleme bei der empirischen Erfassung von Globalisierungsprozessen, 053/2007

ACHIM HELMEDACH, ALETTA MONDRÉ, GERALD NEUBAUER, BERNHARD ZANGL: Das Entstehen einer internationalen Rechtsherrschaft – Die theoretische Konzeption eines empirischen Forschungsprojekts, 054/2007

CHRISTIAN JOERGES, BEATE BRAAMS, MICHELLE EVERSON: Die Europäische Wende zu „Neuen Formen des Regierens“ (new modes of governance) – Rechtsprobleme eines politischen Konzepts, 055/2007

WIOLETTA KONRADI: Lex mercatoria als globales Recht der Wirtschaft? Die Koordination der Internationalen Transaktionen am Beispiel der Holzindustrie, 056/2007

ALEXANDER NAGEL: Analysing change in transnational policy networks. Legitimacy-transfers in the Bologna Process, 057/2007

MIRELLA CACACE: The changing public/private mix in the American Health Care System, 058/2007

RALF BENDRATH: Privacy Self-Regulation and the Changing Role of the State. From Public Law to Social and Technical Mechanisms of Governance, 059/2007

MICHAEL BRÜGGEMANN, KATHARINA KLEINEN VON KÖNIGSLÖW: „Let's talk about Europe“. Explaining vertical and horizontal Europeanization in the quality press, 060/2007

PHILIPP GENSCHER, BERNHARD ZANGL: Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates, 061/2007

CLAUS WENDT, HEINZ ROTHGANG: Gesundheitssystemtypen im Vergleich. Konzeptionelle Überlegungen zur vergleichenden Analyse von Gesundheitssystemen, 062/2007

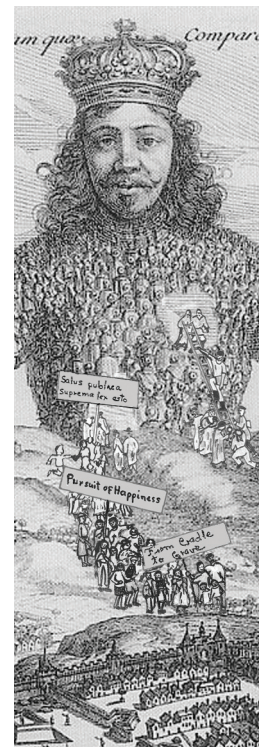
CHRISTOPH MÖLLERS: Staatstheorie: Grundzüge ihrer rechtswissenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, 063/2007

OLAF DILLING: Proactive Compliance? – Repercussions of National Product Regulation in Standards of Transnational Business Networks, 064/2007

PAOLA MATTEI: The Welfare State and New Challenge From the Back Door, 065/2007

FRANK J. GARCIA: Developing a Normative Critique of International Trade Law: Special & Differential Treatment, 066/2007

AMERICO BEVIGLIA ZAMPETTI: Progressing towards a Just Future through the MDGS: What is the Meaning of “Equity” in the Trading System?, 067/2007





MATTHIAS LEONHARD MAIER: Normentwicklung durch WTO-Gremien am Beispiel von Handel und Gesundheitsschutz: der SPS-Ausschuss, 068/2007

ANJA P. JAKOBI: The Comparative Analysis of Political Programs. Large-N Analyses with Data from International Organizations, 069/2007

ALEXANDER NAGEL: Analysing Change in International Politics. A Semiotic Method of Structural Connotation, 070/2008

ALETTA MONDRÉ, GERALD NEUBAUER, ACHIM HELMEDACH, BERNHARD ZANGL: Between Law and Politics: The Judicialization of International Dispute Settlement in the Fields of Security, Trade and the Environment, 071/2008

KATHRIN LEUZE, TILMAN BRAND, ANJA P. JAKOBI, KERSTIN MARTENS, ALEXANDER NAGEL, ALESSANDRA RUSCONI, ANSGAR WEYMANN: Analysing the Two-Level Game. International and National Determinants of Change in Education Policy Making, 072/2008

DESMOND KING, ROBERT C. LIEBERMAN: Ironies of State Building: A Comparative Perspective on the American State, 073/2008

DESMOND KING: Mimicking War: How Presidents coordinate the American State, 074/2008

DIETER SENGHAAS: Der Leviathan in diesen Zeiten, 075/2008

PHILIPP GENSCHER, BERNHARD ZANGL: Transformations of the State – From Monopolist to Manager of Political Authority, 076/2008

CLAUDIA KISSLING: Civil Society Legitimacy and Nuclear Non-Proliferation, 077/2008

PHILIPP GENSCHER, ACHIM KEMMERLING, ERIC SEILS: Speeding Up, Down the Hill: How the EU shapes corporate tax competition in the Single Market, 078/2008

ALETTA MONDRÉ: Turning to the UN Security Council - Terming crisis a threat to international peace, 079/2009

ACHIM KEMMERLING: How Labour Ended Up Taxing Itself: The Political Consequences of a Century of Self-transformation of the German Welfare State, 080/2009

ANJA P. JAKOBI: International Organizations and World Society: Studying Global Policy Development in Public Policy, 081/2009

PEER ZUMBANSEN: Law after the Welfare State: Formalism, Functionalism and the Ironic Turn of Reflexive Law, 082/2009

ALEXANDER NAGEL, TONIA BIEBER, ANJA P. JAKOBI, PHILIPP KNODEL, DENNIS NIEMANN, JANNA TELTEMANN: Measuring Transformation: A mixed-method-approach to the internationalization of education politics, 083/2009

MICHAEL BRÜGGEMANN: Der Mythos vom Dialog mit den Bürgern: Der Beitrag der Europäischen Kommission zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, 084/2009

HAROLD JAMES: Die Krise der Finanzmärkte und die Rückkehr des Staates, 085/2009

GERALD NEUBAUER: State Civil Disobedience. Morally Justified Violations of International Law Considered As Civil Disobedience, 086/2009

NICOLE DEITELHOFF: The Business of Security and the Transformation of the State, 087/2009

ANJA P. JAKOBI: Education and Elections: A Comparative Analysis of Party Manifestos in OECD Countries, 088/2009

TILLMANN RUDOLF BRAUN: Investitionsschutz durch internationale Schiedsgerichte, 089/2009

STEPHAN LEIBFRIED, SUSAN M. GAINES, LORRAINE FRISINA: Through the Funhouse Looking Glass: Europe's Ship of States, 090/2009

ANDREAS FISCHER-LESCANO, STEFFEN KOMMER: Internationalisierung der Sicherheitsgewährleistung. Rechtsfragen der deutschen Mitgliedschaft in der Nato, 091/2009

NICOLE DEITELHOFF, ANNA GEIS: Securing the State, Undermining Democracy: Internationalization and Privatization of Western Militaries, 092/2009

ANJA P. JAKOBI, JANNA TELTEMANN: Convergence and Divergence in Welfare State Development: An Assessment of Education Policy in OECD Countries, 093/2009

ANJA P. JAKOBI: Policy Networks in Comparative Politics and International Relations: Perspectives, Typologies and Functions, 094/2009

STEFAN TRAUB, FRANK STÄHLER: Privatization and Liberalization in Vertically Linked Markets, 095/2009

MARIE POPP: Der Einfluss der OECD auf die Bildungspolitik in Mexiko, 096/2009

MICHAEL DOBBINS: Transforming Education Policy in New Zealand. A Case Study Analysis, 097/2009

HORST BREDEKAMP: Behemoth als Partner und Feind des Leviathan. Zur politischen Ikonologie eines Monstrums, 098/2009

DENNIS NIEMANN: Changing Patterns in German Education Policy Making – The Impact of International Organizations, 099/2009

THOMAS DIETZ: Transnational Economic Governance, 100/2009

ANJA P. JAKOBI: World Society and the Transformation of National Defense: Exploring World Cultural Impact on Security and Military, 101/2009

MICHAEL BLAUBERGER: The Governance of Overlapping Jurisdictions. How International Cooperation, 102/2009

ALEXANDER NAGEL, PHILIPP KNODEL: Education Policy Networks in a comparative perspective: Germany, Switzerland, Great Britain and New Zealand, 103/2009

MARTIN HERBERG: Reconstructing Global Governance Networks: The Case of the OECD Test Guidelines Programme for the Testing of Chemicals, 104/2009

HAROLD JAMES: Die Finanzkrise und ihre Herausforderung für Europa, 105/2009



Reihe *Staatlichkeit im Wandel*

Herausgegeben von
Philipp Genschel, Stephan Leibfried,
Patrizia Nanz und Frank Nullmeier



BERNHARD ZANGL, Die Internationalisierung der Rechtsstaatlichkeit, 2006, 267 S., ISBN 978-359337891-4.



ANDREAS WIMMEL, Transnationale Diskurse in Europa. Der Streit um den Türkei-Beitritt in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, 2006, 233 S., ISBN 978-359338198-2.



MARTIN HERBERG, Globalisierung und private Selbstregulierung. Umweltschutz in multinationalen Unternehmen, 2007, 274 S., ISBN 978-359338358-6.



STEFFEN MAU, Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten, 2007, 327 S., ISBN 978-359338438-2.



JÖRG RICHARD WERNER, Unternehmenspublizität und Corporate Governance im Wandel: Staatliche Steuerungsmodelle im internationalen Vergleich, 2008, 289 S., ISBN 978-359338616-4.



SUSANNE UHL, Die Transformation nationaler Steuersysteme in der Europäischen Union, 2008, 225 S., ISBN 978-359338615-1.



ACHIM HURRELMANN, STEPHAN LEIBFRIED, KERSTIN MARTENS UND PETER MAYER (HG.), Zerfasert der Nationalstaat? Die Internationalisierung politischer Verantwortung, 2008, 359 S., ISBN 978-359338742-0.



ALEXANDRA LINDENTHAL, Leadership im Klimaschutz. Die Rolle der Europäischen Union in der internationalen Umweltpolitik, 2009, 303 S., ISBN 978-359338886-1.



SEBASTIAN MAYER, Europäische Sicherheitspolitik jenseits des Nationalstaats. Die Internationalisierung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen in NATO und EU, 2009, 310 S., ISBN 978-359338890-8.



BERNHARD ZANGL (HG.), Auf dem Weg zur Herrschaft des Rechts? Internationale Streitbeilegung im Wandel, 2009, 328 S., ISBN 978-359338915-8.



NICOLE DEITELHOFF UND JENS STEFFEK (HG.), Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter, 2009, 336 S., ISBN 978-359339017-8.



ALEXANDER-KENNETH NAGEL, Politiknetzwerke und politische Steuerung. Institutioneller Wandel am Beispiel des Bologna-Prozesses, 2009, 326 S. ISBN 978-359339039-0.

IN VORBEREITUNG

GUNNAR VOLKE SCHUPPERT, Der Staat als Prozess. Eine staatstheoretische Skizze in sieben Aufzügen.



Series *Transformations of the State*

Edited by

Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried,
Kerstin Martens and Peter Mayer

ACHIM HURRELMANN, STEPHAN LEIBFRIED, KERSTIN MARTENS
AND PETER MAYER (EDS.), *Transforming the Golden-Age Nation State*,
2007, xvi, 213 pp., ISBN 9-780-23052161-2.

ACHIM HURRELMANN, STEFFEN SCHNEIDER AND JENS STEFFEK (EDS.),
Legitimacy in an Age of Global Politics, 2007, , xiv, 273 pp., ISBN
9-780-230-51810-9.

KERSTIN MARTENS, ALESSANDRA RUSCONI AND KATHRIN LEUZE (EDS.),
*New Arenas of Education Governance. The Impact of International
Organizations and Markets on Educational Policy Making*, 2007,
xviii, 248 pp., ISBN 9-780-23000703-1.

JOAN DEBARDELEBEN AND ACHIM HURRELMANN (EDS.), *Democratic
Dilemmas of multilevel Governance: Legitimacy, Representation
and Accountability in the European Union*, 2007, xx, 255 pp., ISBN
9-780-230-50077-3.

KLAUS DINGWERTH, *The New Transnationalism. Transnational Gover-
nance and Democratic Legitimacy*, 2007, xiv, 260 pp., ISBN 9-780-
23054527-4.

PETER STARKE, *Radical Welfare State Retrenchment: A Comparative
Analysis*, 2007, xiv, 266 pp., ISBN 9-780-23000810-6.

JENS STEFFEK, CLAUDIA KISSLING AND PATRIZIA NANZ (EDS.), *Civil Soci-
ety Participation in European and Global Governance: A Cure for the
Democratic Deficit?*, 2007, xviii, 244 pp., ISBN 9-780-23000639-3.

JOCHEN ZIMMERMANN, JÖRG RICHARD WERNER AND PHILIPP B. VOLMER,
*Global Governance in Accounting: Rebalancing Public Power and
Private Commitment*, 2008, 264 pp., ISBN 9-780-23051814-8.

HARTMUT WESSLER, BERNHARD PETERS, MICHAEL BRÜGGEMANN, KATHA-
RINA KLEINEN-VON KÖNIGSLÖW, STEFANIE SIFFT, *The Transnationaliza-
tion of Public Spheres*, 2008, 288 pp., ISBN 9-780-23000837-3.

*Public Deliberation and Public Culture. The Writings of Bernhard
Peters, 1993–2006. Edited by HARTMUT WEßLER, with a preface by
Jürgen Habermas*, 2008, 350 pp., ISBN 9-780-23057353-6.

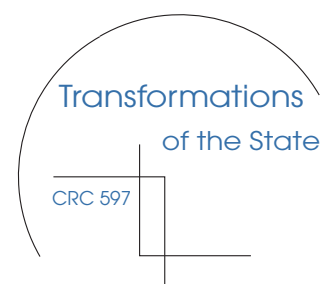
THOMAS RIXEN, *The Political Economy of International Taxation. In-
stitutional Choice and Development in Global Tax Governance*, 2008,
xiii, 249 pp., ISBN 9-780-23050768-5.

MICHAEL WARNING, *Transnational Public Governance: Networks, Law
& Legitimacy*, 2009, 304 pp., ISBN 9-780-23022887-0.

ANJA P. JAKOBI, *International Organizations and Lifelong Learning:
From Global Agendas to Policy Diffusion*, 2009, 248 pp., ISBN
9-780-23057936-1.

IN PREPARATION

HEINZ ROTHGANG, MIRELLA CACACE, SIMONE GRIMMEISEN, UWE
HELMERT AND CLAUS WENDT, *The Changing Role of the State in
OECD Health Care Systems. From Heterogeneity to Homogeneity?*,
2009.



palgrave
macmillan